

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 17.01.2006

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Anlage 1

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ein- ladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Frau Weiß eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Geier begrüßte die Mitglieder des Ausschusses und bat vor dem Hintergrund der komplizierten Haushaltslage und der dringend notwendigen Konsolidierung des Haushaltes auch bei schwierigen Entscheidungen um eine konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Es wurden keine Änderungen der geplanten Tagesordnung gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde beschlossen:

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses am 06.12.2005
4. Vorlagen
- 4.1. Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2004 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) – EfA - Vorlage: IV/2005/05463
- 4.2. Fortschreibung und Präzisierung des mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2006/07
Vorlage: IV/2005/05182
- 4.3. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie Bericht über das Jahr 2004
Einführung in den Haushalt 2006 + Stellenplan und Personalkosten
Vorlage: IV/2005/05503
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. Anfragen von Stadträten
- 6.1. Anfrage der CDU-Ratsfraktion - Personalpool der Stadtverwaltung (Diskussion)
Vorlage: IV/2005/05295
7. Beantwortung von Anfragen
- 7.1. Stand der Prüfung der Behandlung der Abläufe bei der Stellenausschreibung Kulturmanager
- 7.2. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des VWH der Kultureinrichtungen per 30.11.2005
8. Anregungen
9. Mitteilungen

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses am
06.12.2005**

Protokoll:

Es wurden keine Änderungen oder Ergänzungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 6. Dezember 2005 wird bestätigt.

zu 4 Vorlagen

**zu 4.1 Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2004 des Eigenbetriebes für
Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) - EfA
Vorlage: IV/2005/05463**

Protokoll:

Auf Nachfrage von Frau Weiß erläuterte Herr Otto, dass die Rückstellungen für ungewisse Personal- und Sachkostenansprüche auch in Rücksprache mit dem Wirtschaftsprüfer zur Sicherheit eingestellt wurden, um auf eventuelle Rückforderungen von Zuschüssen vorbereitet zu sein. Viele Projekte des EfA seien ausgelaufen und abgerechnet. Die Schlussbescheide stehen aber noch aus.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Jahresabschluss für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr 2004 wird festgestellt.
2. Der Leitung des EfA wird für das Wirtschaftsjahr 2004 gemäß § 18 Abs. 4 Satz 2 EigenBG LSA Entlastung erteilt.

**zu 4.2 Fortschreibung und Präzisierung des mittelfristigen Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2006/07
Vorlage: IV/2005/05182**

Protokoll:

Herr Dr. Marquardt informierte über den Beschluss des Bildungsausschusses und gab eine Stellungnahme dazu ab. Diese wurde zu Beginn der Sitzung an die Mitglieder des Ausschusses verteilt.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 17.01.2006 – öffentlicher Teil

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Weiland, Frau Wolff, Herr Dr. Eigenfeld, Herr Bönisch, Frau Weiß, Herr Dr. Marquardt, Frau Quilitzsch und Herr Zschocke.

Herr Dr. Marquardt führte aus, dass es in der Natur der Sache liege, dass ein bei der angespannten Haushaltslage ein Interessenskonflikt zwischen der fiskalischen und der bildungspolitischen Seite bestehe. Weiterhin müsse der Bestand von Schulen aus stadtentwicklungspolitischer Sicht betrachtet werden.

Auf Anfrage bezüglich der Punkte 2.1 und 2.2 erläuterte Frau Quilitzsch, dass die vollständige Sanierung der Turnhalle 850 T€ kosten würde. Es werde jedoch eine Instandsetzung des Daches und der Sanitäreinrichtungen vorgenommen, die ca. 150 T€ kosten wird, um die Turnhalle einhundertprozentig für den Schulsport nutzbar zu machen. Die Nachnutzung der Fachkabinette sei abgesichert. Die Stilllegung der Leitungen werde Kosten in Höhe von ca. 10 T€ verursachen.

Herr Zschocke fügte an, dass die Prüfung der Kinderzahlen ergeben habe, dass die Sekundarschule in Reideburg bis zum Jahr 2012 zwei- bis dreizügig ausgelastet sei. Die Busanbindung für die Kinder werde mit der HAVAG geklärt und verursache unmittelbar keine zusätzlichen Kosten für die Stadt.

Die Mitglieder äußerten, dass eine langfristige Betrachtung unbedingt notwendig sei. In der Vergangenheit sind die Investitionsentscheidungen zum Teil falsch entschieden worden, so dass vom baulichen Zustand her betrachtet, bessere Schulen geschlossen wurden und werden sollen. Bei der derzeitigen Haushaltslage müsse einhundertprozentig sichergestellt werden, dass die wenigen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel in den Schulen eingesetzt werden, deren Bestand auf Dauer gesichert sei. Im Bereich der Grundschulen in der Südstadt seien die Unsicherheiten noch sehr groß und die objektive Einschätzung der Kosten wurde angezweifelt. Es wurde kritisiert, dass die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag des Bildungsausschusses erst zu Beginn der Sitzung verteilt wurde.

Herr Dr. Marquardt führte aus, dass die Schätzungen des Aufwandes für die Auenschule durch das ZGM vorgenommen worden seien. Frau Quilitzsch fügte an, dass die Umsetzung der Schulbaurichtlinie unbedingt beachtet werden müsse. Besonders die Einhaltung der Brandschutzmaßnahmen sei zu gewährleisten. Dies sei bei den neuen Standorten möglich.

(17:20 Uhr Herr Koehn kam in die Sitzung und löste seinen Vertreter, Herrn Zeidler, ab.)

Herr Dr. Eigenfeld beantragte die Einzelabstimmung der Punkte des Änderungsantrages des Bildungsausschusses:

Beschlussvorschlag zu 1.1:

Der Beschluss des Stadtrates vom 17.12.2003 (Bezugsbeschluss Nr.1) zur Fusion der Grundschule Südstadt mit der Grundschule Wilhelm Busch wird aufgehoben.

Abstimmung:

8 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag zu 2.1:

Erweiterung des Beschlussvorschlages um die Formulierung:

Mit dem Umzug der Grundschule Kanena/Reideburg von Kanena nach Reideburg wird eine Schulbezirksveränderung vorgenommen.

Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit der Elternschaft die Schulbezirksveränderungen vorzunehmen.

Der Hort am Standort Kanena ist fortzuführen. In Absprache mit der HAVAG ist der Transport von (Büschdorf) –Kanena nach Reideburg bzw. zurück zum Hort abzusichern.

Abstimmung:

8 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag zu 2.2:

Neuer Beschluss:

Fortbestand der Grundschule Büschdorf im Planungszeitraum der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (bis 2008/09) am Standort K.-Kollwitz-Str. 2.

Im Rahmen der weiteren Schulentwicklungsplanung ab Schuljahr 2009/10 ist ein Fortbestand der Grundschule Büschdorf erneut zu prüfen.

Abstimmung:

10 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag zu 2.3:

Neuer Beschluss:

Fortbestand der Grundschulen am Rosengarten und Auenschule im Schuljahr 2006/07 am bisherigen Standort.

Im Rahmen der Fortschreibung und Präzisierung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2007/08 ist der Fortbestand des Standortes Auenschule erneut zu prüfen.

Abstimmung:

6 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag zu 2.4:

Neuer Beschluss:

Fusion des Südstadtgymnasiums mit dem Friedengymnasium zum Schuljahr 2006/07

Neuer Standort : Katowicer Straße 40a

Neuer Schulname: Gymnasium Katowicer Straße

In Verbindung mit dem Stadtratsbeschluss zur Übernahme des Sportgymnasiums in kommunale Trägerschaft wird in Abhängigkeit von der Schülerzahlentwicklung am Gymnasium Katowicer Straße und am Sportgymnasium die Bestandspriorität zu Gunsten des Sportgymnasiums festgelegt.

Abstimmung:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Beschlussvorlage entsprechend der vorge-
nannten Beschlüsse:**

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Bezugsbeschlüsse:

- 1) Mittelfristige Schulentwicklungsplanung in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 vom 17.12.2003 (Beschluss-Nr. III/2003/03419)
- 2) Änderungsantrag zur Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung vom 17.12.2003 (Beschluss-Nr. III/2003/03843)
- 3) Erste Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2005/06 vom 16.03.2005 (Beschluss-Nr. IV/2004/04506)
- 4) Änderungsantrag zur Ersten Fortschreibung und Präzisierung vom 16.03.2005 (Beschluss-Nr. IV/2005/04821)

Beschluss: (Änderungen fett markiert)

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) bestätigt die lt. Bezugsbeschluss Nr. 1 und 3 für das Schuljahr 2006/07 gefassten Beschlüsse.

- 1.1 Fusion der Grundschule Südstadt mit der Grundschule „Wilhelm Busch“
Neuer Standort: Rigaer Straße 1b
Neuer Schulname: Grundschule Rigaer Straße

Der Beschluss des Stadtrates vom 17.12.2003 (Bezugsbeschluss Nr.1) zur Fusion der Grundschule Südstadt mit der Grundschule Wilhelm Busch wird aufgehoben.

- 1.2 Fusion der Grundschule „Bertold Brecht“ mit der Grundschule „Thomas Mann“
Neuer Standort: Hanoier Straße 1
Neuer Schulname: Grundschule Hanoier Straße

- 1.3 Fusion der Grundschule am Ludwigsfeld mit der Grundschule Glaucha
Neuer Standort: Wörmlitzer Straße 93
Neuer Schulname: Grundschule Wörmlitzer Straße

- 1.4 Fusion der Grundschule Lilienschule mit der Grundschule Am Gimritzer Damm
Neuer Standort: Lilienstraße 23
Neuer Schulname: Grundschule Lilienstraße

1.5 Veränderung des Schulbezirkes der Grundschule Am Heiderand in Verbindung mit der Fusion der Grundschule Lilienschule mit der Grundschule Am Gimritzer Damm

2. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt im Rahmen der Aktualisierung und Präzisierung des Bezugsbeschlusses Nr. 1 in Verbindung mit den Bezugsbeschlüssen Nr. 2 bis 4 die nachfolgenden Veränderungen und Ergänzungen der geplanten Maßnahmen:

2.1 Umzug der Grundschule Kanena/Reideburg
alter Standort: Zur Sternwarte 2 (Kanena)
neuer Standort: Paul-Singer-Straße 32 a (Reideburg)

Mit dem Umzug der Grundschule Kanena/Reideburg von Kanena nach Reideburg wird eine Schulbezirksveränderung vorgenommen.

Die Verwaltung wird beauftragt in Abstimmung mit der Elternschaft die Schulbezirksveränderungen vorzunehmen.

Der Hort am Standort Kanena ist fortzuführen. In Absprache mit der HAVAG ist der Transport von (Büschdorf) –Kanena nach Reideburg bzw. zurück zum Hort abzusichern.

2.2 **Fortbestand der Grundschule Büschdorf im Planungszeitraum der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (bis 2008/09) am Standort K.-Kollwitz-Str. 2. Im Rahmen der weiteren Schulentwicklungsplanung ab Schuljahr 2009/10 ist ein Fortbestand der Grundschule Büschdorf erneut zu prüfen.**

2.3 **Fortbestand der Grundschulen am Rosengarten und Auenschule im Schuljahr 2006/07 am bisherigen Standort. Im Rahmen der Fortschreibung und Präzisierung der Schulentwicklungsplanung für das Schuljahr 2007/08 ist der Fortbestand des Standortes Auenschule erneut zu prüfen.**

2.2 **Fusion des Südstadtgymnasiums mit dem Friedengymnasium zum Schuljahr 2006/07**

Neuer Standort : Katowicer Straße 40a

Neuer Schulname: Gymnasium Katowicer Straße

In Verbindung mit dem Stadtratsbeschluss zur Übernahme des Sportgymnasiums in kommunale Trägerschaft wird in Abhängigkeit von der Schülerzahlentwicklung am Gymnasium Katowicer Straße und am Sportgymnasium die Bestandspriorität zu Gunsten des Sportgymnasiums festgelegt.

3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, in Abhängigkeit vom Anwahlverhalten an den Sekundarschulen und Gymnasien bei Bedarf kurzfristig organisatorisch-technische Maßnahmen zur Klassenbildung der Eingangsklassen einzuleiten.

4. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) legt, beginnend mit dem Schuljahr 2006/07, für die Grundschule Neumarkt auf Grund der vorhandenen Raumkapazität eine Aufnahmebegrenzung für die Klassenstufe 1 auf max. 112 Schülerinnen und Schüler (4 Klassen) fest.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 31.07.2006 die vorgesehenen Fusionen zu begleiten und in Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt, Abteilung Schulen, die Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen Unterrichtsbeginn zum 01.08.2006 zu schaffen.

Finanzielle Auswirkungen (in T €) ¹⁾

<u>Verwaltungshaushalt</u>	2006 (5 Monate)	2007 und Folgejahre
Miete / Bewirtschaftung	- 210,9	- 506,1
<u>Folgekosten</u>		
Schülerbeförderung	18,8	18,8 ²⁾
Umzugskosten/ Entsorgung	166,0	
Namensgebungen	3,0	
GESAMT	- 23,1	- 487,3

1)

Die Einsparung von finanziellen Mitteln wird nicht zum Zeitpunkt der Schließung der Schule wirksam. Der Eintritt der Wirksamkeit ist Objekt bezogen abhängig von der Art der Nachnutzung bzw. vom Zeitpunkt des Abrisses.

2)

Kostenanteil für 2. Schulhalbjahr. Weitere Kosten in Abhängigkeit der Schülerzahlen.

In Verbindung mit den Fusionen oder Schließungen von Schulstandorten ergeben sich Veränderungen der Schulbezirke der Grund- und Sekundarschulen sowie veränderte Schulwegführungen in den Schulbezirken.

Zur sicheren Gestaltung dieser neuen Schulwege sind teilweise zusätzliche schulwegsichernde Maßnahmen wie

- Lichtsignalanlagen und Fußgängerüberwege
- Straßenbeleuchtung
- Gehwege

gefordert.

Durch die zuständigen Fachbereiche sollten zur weiteren Gestaltung sicherer Schulwege in der Stadt Halle (Saale) jährlich finanzielle Mittel eingeplant und bereitgestellt werden.

Kinderfreundlichkeitsprüfung

Durch den Geschäftsbereich Kultur und Bildung wurde der vorliegende Beschlussentwurf auf Kinderfreundlichkeit geprüft.

Die den neuen Schulen zur Verfügung stehenden Räume sichern einen ordnungsgemäßen Schulbetrieb. In der Regel stehen den Schulen mehr Räume zur Verfügung, als durch das Kultusministerium empfohlen.

Bei der Standortauswahl wurden die baulich besseren Schulobjekte berücksichtigt.

Die Ausstattung der neuen Schulen konnte aus den aufgelösten Beständen weiter verbessert und vervollkommen werden.

Die Schulwege wurden auf ihre Sicherheit überprüft. Anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schülern wird eine Schülerjahreskarte zur Verfügung gestellt.

Die Umsetzung rechtlicher Vorgaben des Landes zu Schulgrößen und Jahrgangsstärken sowie wirtschaftliche Belange der Vorhaltung von Schulstandorten unter den Aspekten des Bauzustandes und der Auslastung bedingen zum Teil Entscheidungen, die auch negative Auswirkungen, wie z. B. längere Schulwege, auf die Schüler haben.

**zu 4.3 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2006, sowie participationsbericht über das Jahr 2004
Einführung in den Haushalt 2006 + Stellenplan und Personalkosten
Vorlage: IV/2005/05503**

Protokoll:

Herr Geier führte in den Haushaltsplanentwurf der Stadt Halle (Saale) 2006 ein und bezog sich auf den Vorbericht.

Frau Unger informierte ausführlich über den Personalbestand, die Personalkosten, den Stellenplan und die künftige Personalbedarfsplanung. Sie sagte die Übersendung einer Kopie ihres Folienvortrages an die Fraktionen zu. Weiterhin wurde über das Überhangmanagement informiert – siehe Punkt 6.1 der Niederschrift.

An der anschließenden Diskussion zu den Personalausgaben, dem Stellenplan und der Einführung in den Haushaltsplanentwurf beteiligten sich Herr Misch, Frau Wolff, Frau Weiß, Herr Weiland, Herr Dr. Eigenfeld, Herr Bönisch, Herr Scholze, Herr Geier, Herr Dr. Pohlack und Frau Müller.

Herr Weiland mahnte den Finanzplan, den participationsbericht, die geplante Sperrliste und eine Liste der freiwilligen Leistungen für 2006 an. Weiterhin bat er zu prüfen, warum die Angaben zur landwirtschaftlichen Nutzfläche und Waldfläche der Stadt nicht mit dem statistischen Quartalsbericht übereinstimmen.

Herr Dr. Eigenfeld regte an, dass die Verwaltung zur Effektivierung ihrer Arbeit mehr mit modernen Kommunikationsmitteln arbeiten solle.

Auf Bitte von Herrn Bönisch und Herrn Scholze sagte Frau Unger eine schriftliche Zuarbeit bezüglich des Mehrbedarfs an Personalkosten (vgl. Vorbericht Seite 84) zu. Weiterhin solle in der Zuarbeit darauf eingegangen werden, in welchen Bereichen im Jahr 2005 Stellen durch externe Bewerber besetzt wurden und in welchen Bereichen im Jahr 2006 externe Stellenbesetzungen geplant seien.

Herr Kullik informierte darüber, dass entsprechend einer Aufforderung des Landesverwaltungsamtes auch die Mitarbeiter, die sich in der Freizeitphase befinden, im Stellenplan aufgeführt werden. Finanziell habe diese Änderung keine Auswirkungen.

Frau Unger erläuterte das Verfahren bei der Besetzung von Stellen.

Herr Geier sagte die Beantwortung der Frage von Herrn Bönisch zu, warum keine Einnahmen für die KGS „Wilhelm von Humboldt“ und die Sekundarschule „Heinrich Heine“ für 2006 und die Folgejahre aufgrund der Integration in das PPP-Projekt eingestellt seien. Bei den Beratungen zu PPP wurde von der Verwaltung die Auffassung vertreten, dass Mittel aus dem Ganztagschulprogramm trotzdem für die Schulen genutzt werden können und in die Finanzierung von PPP einfließen.

Weiterhin bat Herr Bönisch um die Ergänzung der Gruppierungsübersicht der Einnahmen des Verwaltungshaushaltes (Vorbericht Seite 71) um die Spalte des vorläufigen Ergebnisses 2005. Frau Müller sagte diese zu und informierte, dass sich Verschiebungen innerhalb der Gruppierungen ergeben haben, aber der Saldo der Gesamteinnahmen gleich bleibe.

Frau Weiß stellte folgenden Antrag:

Die Stelle des Fachbereichsleiters / der Fachbereichsleiterin des Fachbereiches 11 wird nicht von einer Beamtenstelle in eine Angestelltenstelle umgewandelt.

Abstimmung:

4 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

3 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Protokoll:

Schriftliche Anträge lagen nicht vor, mündliche Anträge wurden nicht gestellt.

zu 6 Anfragen von Stadträten

Protokoll:

Schwimmhalle Robert-Koch-Straße

Herr Misch bat um eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung bis zum 31.01.2006 (Haushaltsplanberatung des GB III) zur Frage: Sind die eingestellten Mittel im Jahr 2008 zur gesicherten Betreibung einer Schwimmhalle am Standort Robert-Koch-Straße ausreichend?

Finanzielle Mittel für die Fraktionen

Frau Wolff bat um eine Information, warum den Fraktionen des Stadtrates im Jahr 2005 nicht rechtzeitig mitgeteilt wurde, wann Kassenschluss ist und bis wann finanzielle Mittel ausgegeben werden können. Weiterhin bat sie um Beantwortung der Frage, was mit dem Geld aus 2005 sei, welches nicht ausgegeben wurde.

Vorwurf (in der Presse) der Doppelbezahlung eines Mitarbeiters im Kulturbereich

Herr Scholze bat um eine schriftliche Information, ob der Vorwurf zutreffend sei. Wenn ja, wie es zu erklären sei, dass ein Mitarbeiter zwei Arbeitsverträge über je 40 h/Woche habe und welche Konsequenzen gezogen werden. An der Diskussion beteiligten sich Frau Weiß, Herr Schramm und Herr Misch. Herr Schramm äußerte die Erwartung, dass in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses über die Ergebnisse der diesbezüglichen Prüfungen informiert werde.

BMA

Herr Weiland fragte, ob die BMA in eine städtische Liegenschaft umgezogen sei und bat um eine schriftliche Information. Sollte es keine städtische Liegenschaft sein: Warum werden keine städtischen Räumlichkeiten genutzt?

Müllverbrennungsanlage

Frau Wolff fragte an, welche Auswirkungen es für die Stadt habe, dass der Bau der neuen Müllverbrennungsanlage am Standort Lochau in Frage gestellt werde. Sie bezog sich auf einen Presseartikel und kritisierte, dass die Stadträte solche Meldungen über die Zeitung erfahren.

Zweitwohnsitzsteuer

Frau Wolff fragte nach den Auswirkungen der Rechtssprechung auf die Stadt.
Herr Geier verwies auf die Beantwortung der Anfrage des Stadtrates Dietmar Weirich zur Erhebung der Zweitwohnsitzsteuer für die Sitzung des Stadtrates am 25.01.2006.

Schuldrechtsanpassungsgesetz – Garagen

Herr Scholze fragte nach dem Stand der Garagenproblematik. Frau Wolff führte aus, dass die Verwaltung aufgrund einer Beantwortung einer Anfrage eine Konzeption für die Sitzung des Stadtrates im Februar zugesagt habe.

zu 6.1 Anfrage der CDU-Ratsfraktion - Personalpool der Stadtverwaltung (Diskussion) - Vorlage: IV/2005/05295

Protokoll:

Auf Anfrage von Herrn Bönisch führte Frau Unger aus, dass der ursprünglich geplante Personalpool nicht gebildet worden sei, da er sehr schwer händelbar gewesen wäre. Eine Alternative wurde nicht umgesetzt. In der Vergangenheit sei die möglichst häufige Annahme von personalwirtschaftlichen Maßnahmen angestrebt worden.

Mit der Bildung eines Überhangmanagements soll der Überhang pro Fachbereich personenkonkret definiert werden, um mit den entsprechenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Gespräche führen zu können, damit diese wissen, dass sie im Überhang sind. Das eigentliche Management beginne dann damit, dass die betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend ihrer Eignung und nach evtl. Fortbildung in Bereichen eingesetzt werden können, wo ein Bedarf an zusätzlichen Mitarbeitern bestehe oder diese für Sonderaufgaben (z. B. Stadtjubiläum) eingesetzt werden können. Das Konzept des Überhangmanagements sei zurzeit in der Erstellungsphase.

Herr Bönisch betonte, dass innerbetriebliche Umsetzungen nach Möglichkeit leicht gemacht werden müssen, um bestehende Defizite mit den Überhängen auszugleichen.

zu 7 Beantwortung von Anfragen

zu 7.1 Stand der Prüfung der Behandlung der Abläufe bei der Stellenausschreibung Kulturmanager

Protokoll:

Herr Misch zitierte aus dem Bericht des Fachbereiches 14. Frau Unger informierte, dass Herr Kloppe dem Rechnungsprüfungsausschuss eine Zuarbeit zugesagt habe.

zu 7.2 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des VWH der Kultureinrichtungen per 30.11.2005

Protokoll:

Die mit den Sitzungsunterlagen übersandte Aufstellung wurde zur Kenntnis genommen. Nachfragen wurden nicht gestellt.

zu 8 Anregungen

Protokoll:

Beratung des Haushaltes des Fachbereiches 80

Die Mitglieder des Ausschusses entschieden mehrheitlich, dass die Haushaltsplanberatung des FB 80 erst nach abschließendem Votum des Ausschusses für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung (voraussichtlich am 24.01.2006) – in der Abschlussberatung durchgeführt werde.

zu 9 Mitteilungen

Protokoll:

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Isa Weiß
Stellv. Vorsitzende
des Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter für
Zentralen Service

Martina Beßler
Protokollantin
Referentin GB I